
129/A(E) XXVI. GP

Eingebracht am 28.02.2018

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Genossinnen und Genossen

betreffend **Europabildung in Schulen stärken**

Begründung

Jede Schülerin und jeder Schüler lernt, dass Österreich neun Bundesländer hat und Mitglied der Europäischen Union ist. Doch das Verständnis, Teil der Europäischen Union und somit auch Teil der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft zu sein, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss in einem permanenten Prozess gelebt und vermittelt werden. In diesem Sinne ist es von besonderer Bedeutung für Jugendliche, die EU unmittelbar erleben zu können und die europäische Demokratie kennen und verstehen zu lernen.

Kein Schulbuch ist so lehrreich, wie die persönliche Erfahrung. In Form einer Exkursion nach Brüssel können Schülerinnen und Schüler einen Eindruck von der Europäischen Union und der Arbeit der EU-Institutionen gewinnen, der im Klassenzimmer nicht annähernd so vermittelt werden kann. Im direkten Gespräch mit Abgeordneten zum Europäischen Parlament können Jugendliche ein Gespür dafür bekommen, welche Bedeutung die direkt gewählte BürgerInnenkammer Europas, die immerhin über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertritt, hat. Beim Besuch der Europäischen Kommission und des Rates können Schülerinnen und Schüler aus erster Hand erfahren, wie Gesetzesvorschläge zustande kommen, die Einfluss auf das Zusammenleben der europäischen Gesellschaft hat. All das macht die EU erlebbar und hinterlässt einen lebenslangen Eindruck. Aus all diesen Gründen sollte die österreichische Bundesregierung einen Vorschlag für ein Förderprogramm vorlegen, mit dem Brüssel-Exkursionen von Schulklassen finanziell unterstützt werden.

Außerdem soll sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Erasmus+, das europäische Programm für Bildung, Jugend und Sport, gestärkt wird und auch nach 2020 mit deutlich erhöhten Mitteln fortgeführt wird. Die Europäische Kommission hat unlängst Berechnungen vorgelegt, dass selbst mit einer Verdoppelung der aktuellen Mittel nur 7,5% der europäischen Jugendlichen eine Förderung erhalten könnten. Selbst bei einer solchen Verdoppelung würde der Anteil von Erasmus+ am EU-Budget nur knapp 2% erreichen. Die im österreichischen Budget vorgesehenen Mittel zur nationalen Kofinanzierung sollten gleichzeitig erhöht werden, um noch mehr Studierenden, Lehrlingen, Lehrkräften und Personen im Bereich der Erwachsenenbildung internationale Studien- und Berufserfahrung zu ermöglichen.

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher folgenden

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung sowie der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien werden aufgefordert:

- ein Förderprogramm einzurichten, das Schulklassen dabei unterstützt, die EU-Institutionen in Brüssel zu besuchen;
- die bestehenden Förderangebote der Europäischen Union im Bildungsbereich (insbesondere Erasmus+) zu stärken, indem für eine deutliche Erhöhung der dafür vorgesehenen Mittel eingetreten wird; und
- die für die nationale Kofinanzierung vorgesehenen Mittel zu erhöhen.“

Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss